

"Die öffentliche Meinung will sich selbst kennen"

forum-Gespräch über Zwecke und Methoden der Meinungsforschung mit dem ILRES-Demoskopen Charles Margue

Warum gibt es Befragungen vor der Wahl? Zur Orientierung für Politiker oder für die Wähler, die wissen wollen, ob sie im Mainstream schwimmen? Oder hat die Sonntagsfrage hauptsächlich einen Unterhaltungswert für die Medien?

Dass Umfragen und ihrer Veröffentlichung sicher auch Unterhaltungswert zukommt, hat sich in den letzten Wochen absolut verdeutlicht. Aber das ist eher Medienlogik als die Logik der Demoskopien. Aber warum tun wir, was wir tun? Man sollte es nicht machen, um den Mainstream vorzuzeigen. Aber was im speziellen Fall aus einer Umfrage wird, hängt vom Inhalt und der Daseinsberechtigung des einzelnen ab. Was ich dieser Tage erfuh, hat mich sehr verwundert: Es gibt nämlich Parteien, die mit Befragungen nichts anzufangen wissen, obwohl sie welche machen ließen. Sie lesen Umfragen tatsächlich so, als ob sie im Mainstream schwimmen müssten, anstatt für sich heraus zu filtern, wie man wirtschaftlich gesprochen - sein Produkt, also seine politische Identität besser an die Frau und an den Mann bringt. Es sollte nicht darum gehen, den Mann oder die Frau zu fragen: "Was möchtest du hören?" Aber so wird es oft gehandhabt, und ich finde dies in höchstem Maß unprofessionell.

Es gibt auch das andere Extrem. Jean-Claude Juncker sagte vor einigen Tagen im Interview mit forum im Zusammenhang mit Umfragen: „Das interessiert mich nicht einmal am Rande.“(s.S. 12).

Darin, dass er nicht Politik und Umfragen verwechselt, stimme ich vollkommen mit Herrn Juncker überein. Aber dass er damit nichts anfangen würde, glaube ich ihm nicht, denn sonst würde die CSV derzeit nicht vehement kom-

"Es steht fest, dass ich mit einer zweiten Gruppe von Fünfhundert bei gleichen Kriterien der Auswahl und Auswertung das Ergebnis einer ersten Gruppe reproduzieren kann. Fazit: Ich weiß also, was ich mache. Das, was herauskommt, ist kein Zufallsprodukt."

munizieren, man müsse aufpassen, denn die Wahl wäre erst am 13. Juni gewonnen und nicht in den Umfragen. Da wurde erkannt, was es mit Umfragen auf sich hat und was die provozieren können. Das kann zwar hauptsächlich in einem Land gefährlich werden, in dem keine Wahlpflicht besteht. Aber auch hier im Land muss eine Partei weitere Überzeugungsarbeit leisten und ist darum durch die Umfragen gefordert. Sobald man als Gewinner dasteht, muss man höllisch aufpassen, dass es auch noch im Endspurt reicht. Das entspricht der Favoritenrolle im Sport, wo man leicht auf den letzten fünfzig Metern noch einen Krampf

bekommt. Aber das hat nur bedingt mit den Umfragen selbst zu tun. Allerdings war es bis jetzt nicht offensichtlich, dass die CSV nach fünfzehn oder zwanzig Jahren wieder aus ihrer Talsohle herauskommt, - ja, nicht nur herauskommt, sondern scheinbar auch gut gewinnen kann.

Es geht bei der Demoskopie vor den Wahlen also um eine Art Marktforschung, die den Parteien helfen soll, sich besser zu verkaufen?

Der kleinere Koalitionspartner macht genau das meines Wissens seit 1989 und geht damit am professionellsten um. Es gibt in der Partei Leute, die beruflich mit Markt- und Meinungsforschung arbeiten und wissen, was sie aus Umfragen herausziehen können und wo jeweils die Grenzen liegen. Sie wissen, dass Umfragen Indikatoren sind, die vor allem in einer Dynamik sehen und nicht ausschließlich im Sinn einer Bestandsaufnahme. Darum starten diese Leute vor den Wahlen in gewissen Abständen immer wieder Umfragen, um zu sehen, wo es Bruchstellen oder eine Talsohle gibt, aus der man wieder herauskommen kann. Sie antizipieren und bauen dann ihre Strategie auf. Sie haben 1999 ganz klar erkannt, dass es etwas wie eine Wechselstimmung in der Bevölkerung gibt. Sie haben gleichfalls sehr früh erkannt, dass im Erziehungswesen wirklich das Maß voll war. Obwohl das gar nicht ihre Hauptdomäne ist, haben sie versucht, die Schwächen der damaligen



"Der CSV-Slogan "De séchere Wee" ist eine zwar sehr globale, aber mit allem Zweideutigen doch aussagekräftige Formel..."

Koalition in der Bildungspolitik auszunutzen. Das ist durchaus legitim und eine solche politische Chance klammert man sicher nicht aus. Ob das nun glaubwürdig ist oder nicht, ist eine andere Frage. Aber die Partei hat versucht, sich Glaubwürdigkeit in diesem Feld zu erkämpfen. Es zeigt sich jetzt, dass sie unabhängig von dem, was realisiert wurde, in den letzten fünf Jahren Kompetenzzuweisungen geerntet hat. Es hat sicher auch damit zu tun, was realisiert wurde, aber Politik besteht nicht nur aus Machen, sondern auch aus Verkaufen und einem geschickten Eingehen auf die Menschen. Das Erziehungswesen steht noch immer im Scheinwerferlicht, aber weniger verkrampt als noch vor einiger Zeit, sondern mehr als allgemeine Sorge. Irgendwie hat Frau Brasseur das hingekriegt. Es geht nicht darum, ob die getroffenen Maßnahmen genügen, aber man kann nicht sagen, dass nichts geschehen wäre. Es gibt nun eine andere Art in diesem Bereich miteinander umzugehen. Einfach ist das nicht, denn am Erziehungswesen scheitern viele Minister.

Die Bildung sollt ja mit der Umwelt, wie aus Ihren Umfragen hervorgeht, ganz oben in der Prioritätenliste der Bürger stehen. Aber wie aussagekräftig ist es überhaupt, wenn 500 ausgewählte Menschen, ihre Meinung abgeben?

Die Umfrage auf die sie anspielen ging darum, wie wichtig verschiedene Bereiche der Politik auf einer Liste von 10 oder 15 Gebieten sind. Dabei hat sich herausgestellt, dass die Wichtigkeit, die den einzelnen Bereichen zugeordnet wird, zwischen 95 % und 80 % schwankt. Insofern gibt es kaum etwas, das ausgeschlossen ist. Die Aufstellung, die Sie angesprochen haben, rührt daher. Wenn wir dann aber versuchen zu ermitteln, was das Wichtigste ist, fällt die Umwelt ins obere Mittelfeld zurück, an die fünfte oder sechste Stelle. Sie ist dann kaum unter den prioritären Beweggründen zu finden. An der Spitze finden sich zur Zeit - und da gehe ich über die Umfrage bei den 500 hinaus und beziehe für Medien und für Parteien gemachte Studien ein - das Duo Arbeitsmarkt/Arbeitslosigkeit und Erziehung/Bildungswesen. Zwar liegt bei allen Umfragen auch immer die Gesundheit ganz oben. Aber darin spiegelt sich eher die Sorge um das eigene Wohlbefinden als die politische Angst, ob wir morgen ein Krankenkassendefizit haben. Insofern lässt sich nicht sagen, dass die Gesundheit jetzt sehr wichtig ist und die Parteien dieser ihrer Kommunikation mehr Raum geben sollten. Dies gilt besonders, wenn wir wissen, dass wir in diesem Bereich trotz aller Mängel einen sehr hohen der medizinischen Versorgung im Land haben. Hier würde ich sagen, halten wir Schritt

mit dem Ausland. Da verbessert sich, gleich welcher Minister verantwortlich ist, die Versorgung im Rhythmus von jeweils fünf Jahren, was auch mit der Ärzteschaft und der medizinischen Entwicklung zu tun hat. Auch haben die Mittel diesbezüglich bisher noch gereicht.

Um noch einmal auf das Prinzip zurück zu kommen: Wie aussagekräftig kann eine Umfrage bei einer zufälligen Auswahl von 500 oder 1000 Personen überhaupt sein?

Als erstes ist zu sagen, dass die Auswahl einem systematischen Zufallsprinzip folgt. Zufall bedeutet hier nicht egal wen egal wann zu befragen. Dann ist inhaltlich zu sagen, dass sich in Resultaten, die voneinander abweichen, auch die Widersprüchlichkeit des Wählers spiegelt. Trotzdem sieht man klar, was für die Leute wichtig und nicht wichtig ist. Themen wie doppelte Nationalität, Ausländerwahlrecht, Frauenthemen, also alles alternative Themen, aber Fragen des Transport- und Verkehrswesens sind letztlich nicht relevant, wenn es um die Entscheidung bei der Wahl geht. Die Sicherheit, mit all dem Diffusen, was damit verbunden wird, der Arbeitsmarkt und das Bildungswesen sicherlich sind dagegen tragende. Die Umweltproblematik ist ins Mittelfeld abgerutscht. Insofern ist klar, dass man sich nicht abrackert, um die Gleichstellung von Mann und Frau in der Verfassung zu verankern, denn damit gewinnt man keine Wahl. Was die Umweltbelange angeht, ist deutlich zu sehen, dass wir nicht mehr Ende der 80er- oder in der Mitte der 90er-Jahre leben. Über den Grund könnte man sich viele Fragen stellen. Aber mit Kyoto oder mit Angstmacherei gegen Cattenom gewinnt man keine Wahl, - außer die Franzosen wollen morgen einen fünften Reaktor bauen, und die Grünen würden das als einzige thematisieren. Aber da können Sie sicher sein, das würden alle thematisieren von rechts bis links. Sicherheit ist für sehr viele Menschen eine wichtige Materie. Der CSV-Slogan "De séchere Wee" ist eine zwar sehr globale, aber mit allem Zweideutigen doch aussagekräftige Formel: Nimm mich mit der Hand, und laß uns sicher zusammen vorangehen. Die Leute von der CSV haben auch Forschung betrieben, und wenn sie die

nicht interpretieren könnte, wäre das rausgeworfenes Geld.

Sie sagen, Sie wissen die Themen, mit denen man Wahlen gewinnt, und auch die, mit denen man keine Wahlen gewinnen kann. Als Auftraggeber solcher Umfragen oder durch deren Publikation wissen das die Parteien auch. Leistet das nicht einem Populismus Vorschub? Die Parteien rücken von ihrer klaren inhaltlichen Linie ab, für die sie eigentlich stehen sollten, und schieben auf Stimmenfang das momentan Bewegende in der Vordergrund.

Es fordert die Politik ungemein in Europa und überall dort, wo es Meinungsforschung gibt. Aber es gibt auch Meinungsmache und erst die reißt die Tür zum Populismus auf. Dazu tragen dann nicht nur Umfrageergebnisse bei. Wir haben auch eine Gesellschaft, eine Kultur des Mainstream, in der ein Ausscheren nicht gewünscht oder geschätzt wird. Man soll sich eher nicht über die Masse erheben. Hier gilt es auch die allgemeine Entwicklung der Gesellschaft zu betrachten. Wir haben eine Masse von Individuen, von denen jedes hauptsächlich auf sich selbst bezogen ist, aber die Masse gleichzeitig extrem konformistisch wurde. Die meisten Leute scheuen sich, den Kopf herauszuheben, denn da könnte man immer etwas abkriegen.

Ist die Demoskopie nicht das ideale Ritual für eine solche Gesellschaft indem es den Einzelnen über den jeweiligen Mainstream unterrichtet?

Die Demoskopie stellt fest und ist nicht Ursache. Das verschiebt sich erst im politischen Spektakel, das die Wahlumfrage instrumentalisiert hat. Es gab schon lange Sozial- und Meinungsforschung. Nehmen wir zum Beispiel die Jugendstudie in Deutschland. Man hat nie gesagt, diese Studie würde das Verhalten der Jugend beeinflussen. Da war man sich immer klar, dass das ein Spiegel war, ein Untersuchungsinstrument, um zu sehen und zu verstehen, was sich in der Jugend abspielt. Auf solche Weise wurden auch sehr schnell und permanent Erkenntnisse geliefert, was das Benehmen der Jugend in der Gesellschaft angeht. Insofern dient der größte Teil der Politforschung, wie wir sie jetzt vor den Wahlen betreiben, dazu, das Verhalten der Bürger zu verstehen. Die

Markt- und Meinungsforschung sammelt Daten vor allem, um unsere Gesellschaft besser und ihren Wandel besser zu erfassen. Geschickte Kommunikation in Text, Bild, Film, TV-Serien und Werbung sind die Elemente, die

Wir haben auch eine Gesellschaft, eine Kultur des Mainstream, in der ein Ausscheren nicht gewünscht oder geschätzt wird. Man soll sich eher nicht über die Masse erheben.

Mainstream produzieren. Da gibt es sicherlich vielerlei Wechselbeziehungen. Mainstream ist Coca Cola, gefolgt von Disney, Nike und anderen. Da wird Mainstream provoziert. Aber nicht durch Befragungen.

Wie steht es mit dem Verhältnis von Befragung und Gewichtung, also Ihrer Interpretation? Die veröffentlichten Daten können ja durch die Gewichtung des Forschers zu

zehn Prozent oder mehr von den erhobenen abweichen.

Danke, dass wir über die Forscher sprechen. Nehmen wir zum Beispiel Archäologen, die einen Fund machen. Die werden ihr Vorwissen selbstverständlich in dessen Interpretation einfließen lassen. Sie werden neues Material vor einem breiteren Hintergrund aufbereiten. Dasselbe tun wir auch. Wir nehmen die Aussagen der Menschen, die wir befragen, selbstverständlich ernst, aber wir nehmen sie nicht unbedingt für bare Münze. Man erwartet doch von den Demoskopern, dass sie nicht naiv sind, dass sie nicht nur ihr Geschäft machen, sondern vor allem ihren Beruf ausüben. Die Medien machen zwar das Spektakel, aber das Geld der Wahl-Demoskopie kommt vor allem im Ausland von den Parteien. Sämtliche Parteien in Deutschland und Frankreich lassen dauernd Befragungen vornehmen, um zu wissen, was los ist. Die SPD in Deutschland sieht derzeit nicht einfach zu, was mit ihr geschieht, ohne Erklärungsmomente zu suchen. Natürlich würde die SPD sofort das Institut wechseln, wenn es der Partei etwas vorgaukeln würde, was nicht



... "Nimm mich mit der Hand, und laß uns sicher zusammen vorangehen..."

ist. Der Großteil der Befragungen sind bestellt, aber nicht das Resultat. Und was die Gewichtung angeht, das ist eben das Metier der Demoskopien. An Wahlenden gibt es zur Zeit kaum Beispiele in Europa, dass die Prognosen und Trends daneben lagen. Es werden erste Resultate wahrgenommen und hochgerechnet, es werden Interviews nach dem Wahlgang gemacht. Um 18 Uhr wissen Sie in Deutschland, um 20 Uhr in Frankreich, wie es ausgegangen ist. Man mag noch fragen, ob es 19 oder 22 Regionen sind, die von der Opposition eingenommen wurden. Aber der globale Trend, die Verhältnisse der Prozentzahlen sind bekannt.

Wie rechnen Sie hoch?

Man hat verschiedene Parteien, wo man ausgehend vom letzten Resultat gegenüber den Antworten der Interviews höher gewichten muss. Das ganze Hochrechnen basiert auf Erfahrungswerten, die durch die letzte Wahl und Erkenntnisse der laufenden Kampagne gewonnen werden. Überall, wo rechtspopulistischen Parteien erstmals antraten, gab es ungeheure Probleme für die Hochrechner. Die konnte man nach und nach in den Griff bekommen, als man die ausgedrückten Meinungen den Fakten gegenüberstellte. Auf diesem Erfahrungsschatz basiert ein großer Teil unserer Arbeit. Wir haben in unserem Betrieb mit 25 Mitarbeitern diese Erfahrung nicht, weshalb wir mit einem ausländischen Institut zusammenarbeiten, das über zwei Jahrzehnte Erfahrungen mit Umfragen und Hochrechnungen (Deutschland und Zentral-europa) verfügen. Auf diese Weise können wir jetzt die Umfragen für das Tageblatt errechnen, wogegen wir uns früher gewehrt haben, weil uns Knowhow fehlte. Für die Luxemburger Situation war ein Panachier-Koeffizient einzurechnen. Würde man die Umfragen nicht gewichten, hätte das ADR keine Fraktion. Aber dann würden wir ja völlig daneben liegen, nach dem uns bekannt ist, dass viele nicht erzählen, dass sie das ADR gewählt haben. Wir haben noch nie so viel Wahlforschung betrieben wie diesmal. Wenn ich dann in einer Befragung für RTL bei 1000 Menschen sehe, wie jeweils ein Drittel glaubt, ADR würde dazu gewinnen, gleich bleiben oder verlieren, ist für mich klar, dass das ADR auch für das

Volk mit diesem Fragezeichen behaftet ist. Was kommt dabei im Endeffekt heraus? Der Status quo. Das ist auch die These, die ich zur Zeit vertrete, dass es bei ADR nur noch um Restsitze geht. Es gibt keine Erkenntnis darüber, dass das ADR nochmals zulegt.

Das große Wunder für den demoskopischen Laien sind die relativ wenigen Befragten, die dann doch zu treffenden Ergebnissen führen, wobei man lesen kann, dass von den wenigen Ausgewählten oft 50% nicht anzutreffen sind oder die Auskunft verweigern. Wenn es also heißt, dass 500 ausgewählt wurden, sind dann wirklich 500 befragt worden oder vielleicht nur 250?

Um das einmal klarzustellen: Wenn es eine Angabe zu den Stichproben gibt, dann betrifft das die Zahl derer, die

"Jetzt sind wir dabei, an die Grenzen der Telefonbefragung zu stoßen. Allgemein wollen die Leute immer weniger gestört werden, wobei die Sättigung in einem kleinen Land wie Luxemburg ein zusätzliches Problem ist."

effektiv befragt wurden. Wenn es heißt vor der Kammerwahl wurden 1500 Menschen befragt, dann bezieht sich dies auf effektive Interviews. Ich kann mich noch erinnern, vor der Wahl 1999 hatten wir die Zahl von 1390 Befragten, weil wir keine 1500 erreichen konnten. Das hat ja auch mit dem Wetter und anderen Bedingungen zu tun. Es ist also selbstverständlich, dass wir wesentlich mehr Leute kontaktieren, als dann wirklich an der Umfrage beteiligt sind. Es gibt vielerlei Verweigerungsgründe. Es gibt Leute, die sich prinzipiell allen Umfragen sperren, solche, die in diesem Augenblick keine Zeit haben. Mancher möchte nur nicht über Politik befragt werden und ist anderen Themen gegenüber aufgeschlossen. Manchen Gruppen muss man regelrecht hinterher laufen, was wir mit Jugendlichen über 15 Jahren erfuhren. Da haben wir uns vollends im Zeitaufwand verrechnet, den das erforderte. Das ist ein dauerndes Problem

der Demoskopien, die Verweigerungsraten so niedrig wie möglich zu halten. Wir haben derzeit in ganz Westeuropa den Trend, dass die Verweigerungsquote zunimmt. Ich bin jetzt seit 18 Jahren dabei. Anfänglich hatten wir Befragungen Face-to-Face. 80 % waren hier zum Mitmachen zu bewegen. Inzwischen haben wir ein ganz neues System computergesteuerter Telefonbefragungen, was sich als Standardmethode durchgesetzt, wenn man Befragten nicht zu Demonstrationszwecken etwas zeigen muss. Jetzt sind wir dabei, an die Grenzen der Telefonbefragung zu stoßen. Allgemein wollen die Leute immer weniger gestört werden, wobei die Sättigung in einem kleinen Land wie Luxemburg ein zusätzliches Problem ist. Darum sind wir dabei, derzeit noch unbefriedigende Methoden wie die Befragung über Internet weiter auszuarbeiten. Doch da fehlt es von der Hardware bis zur Methodologie noch an ausgereiften Mitteln, ich bin aber zuversichtlich dass wir das in den nächsten Jahren in den Griff bekommen, bei uns laufen jedenfalls die Vorbereitungen auf Hochtouren und wir werden noch dieses Jahr erstmals aktiv werden mit dieser neue Befragungstechnik.

Und die kleine Gruppe bei den derzeitigen Umfragen ist repräsentativ?

Wir versuchen so nahe wie möglich an die Realität heranzukommen, das Foto der gesellschaftlichen Wirklichkeit so scharf wie möglich zu abbilden. Was dabei prinzipiell für die Demoskopien spricht ist die Tatsache gleicher Ergebnisse bei verschiedenen nach gleichen Kriterien ausgewählten von einander unabhängigen Gruppen. Die Größe der Gruppe der Stichproben ist durch die Wahrscheinlichkeitstheorie bestimmt. Wir haben für die Luxemburger Zentralbank eine Umfrage durchgeführt bei Tausend Personen, getrennt nach zwei Gruppen zu fünfhundert Interviewten. Die Übereinstimmung in solchen Fällen bewegt sich bei 95 %. Es gibt immer die gleichen Mängel, die der Methode inhärent sind, doch steht fest, dass ich mit einer zweiten Gruppe von Fünfhundert bei gleichen Kriterien der Auswahl und Auswertung das Ergebnis einer ersten Gruppe reproduzieren kann. Fazit: Ich weiß also, was ich mache. Das, was herauskommt, ist kein Zufallsprodukt.

Dass der Juncker als Wunschkandidat von 77 % zu 82 % zunimmt, ist kein Zufall mehr (und wesentlich höher als vor 5 Jahren). Wir haben ja auch verschiedene Indikatoren, die wir fort-schreiben. Was dieses Resultat aussagt, darüber können wir natürlich lange diskutieren. Aber dass das Vertrauen zu Juncker zunimmt, ist klar. Insofern ist das Ganze schon aussagekräftig.

Und die Verweigerer?

Die Verweigerungsrate versuchen wir so niedrig wie möglich zu halten. In unserem Call-Center werden die Interview automatisch geschaltet. Wer jetzt nicht befragt werden will, der möchte es vielleicht später. Wenn ein Interviewer sich geschickt anlegt, und wir tun alles, damit er sich geschickt anlegt, dann vereinbart er einen Termin für später. Oder wenn Sie Vater eines Jugendlichen sind, den wir suchen, versuchen wir herauszubekommen, wann Ihr Sohn oder Ihre Tochter zuhause ist, nicht total verschlafen ist und ansprechbar. Dann schaltet der Computer automatisch am Samstag zwischen 11 und 11 Uhr 10 an einem der 20 Posten, die sich mit dieser Befragung beschäftigen eine Leitung. Insofern versuchen wir schon, die Verweigerung so gering wie möglich zu halten. Was die Bereitschaft steigert, ist die Veröffentlichung der Umfrage. Man kann das durchaus als ein Stück partizipative Demokratie bezeichnen. Diese These ist mir gekommen, als mir die Interviewer gesagt haben, dass seit den ersten Veröffentlichungen im Tageblatt die Teilnahmebereitschaft spürbar anstieg.

Der Befragte macht etwas mit, worüber gesprochen wird...

Ja, er erlebt sich als Teil der öffentlichen Meinung, die sich auszudrücken versucht. Das ist wie ein Spiegel: Die öffentliche Meinung will sich selbst kennen. Auch insofern ist die Publikation von Umfrageergebnissen legitim. Es ist ja nicht gerecht, wenn nur Parteien wissen, wie es um die öffentliche Meinung steht. Hier spielen die Medien eine wichtige Rolle, der Öffentlichkeit die öffentliche Meinung bewusst zu machen. Dass hier ein starkes Bedürfnis besteht, zeigen unsere qualitativen Erhebungen, für die wir Gruppendiskussionen vornehmen. Die Leute gehen

nicht mehr weg. Da wird eine Gruppe moderiert über 90 Minuten, und dann bleiben die Leute noch eine halbe Stunde oder Stunde länger, wenn unser Moderator längst weg ist, um weiter zu diskutieren. Manchmal wird auch gefragt, wann man wiederkommen kann. Das Bedürfnis in einer geordneten Form über komplexe Materien zu reden ist wirklich groß. Hier spielt auch der Austausch mit Leuten eine Rolle, denen man noch nie begegnet ist. Befragungen und Gruppendiskussionen tragen auch zur Meinungsbildung der Beteiligten bei, und das empfinden viele Menschen als positiv für sich selbst.

Wie kommen Sie an die Leute, die nach bestimmten Kriterien ausgewählt werden? Amtliche Meldedaten sind Ihnen doch wohl nicht zugänglich. Aber wie kommt man zu einem repräsentativen Schnitt, indem man zufällige Telefonnummern wählt?

**"Zu allen Gerüchten
kann man nur
Nein sagen. Es werden
keine Dateien
mit Personen gehandelt."**

Repräsentativität ist tatsächlich ein grundlegendes Gebot. Ich spreche in unserem Zusammenhang von der Repräsentativität der Wählerschaft, die ja immer weniger repräsentativ ist für die Menschen, die hier im Land leben und den Reichtum erschaffen. Das bereitet mir als Markt- und Meinungsforscher wirklich Probleme, dass das Produkt Politik von einer Minderheit bestimmt wird. Es würde in anderem Zusammenhang sich kein Marktforscher trauen, sich an einer Minderheit zu orientieren, außer es geht um ein Nischenprodukt. Aber zu den Befragten: Wir haben keine Dateien, weder vom Melderegister, was wir in der Anfangszeit versuchten, noch eine Telefonkartei, weder von der Post, noch von Tango. Zu allen diesbezüglichen Gerüchten kann man nur Nein sagen. Es werden keine Dateien mit Personen gehandelt. Repräsentativ versuchen wir zu sein, indem wir von STATEC-Daten ausgehen, was Alter, Geschlecht, Natio-

nalität und berufliche Aktivität oder Inaktivität angeht, sowie im Berücksichtigen der Wahlbezirke. Nach diesen Kriterien wird jede Stichprobe, die wir vornehmen, während der Befragung überprüft. In einem Kontrollmonitor sehen wir, wie die Stichprobe sich entwickelt. Nach Abschluss jedes einzelnen Interviews wird dieses Bild sofort vervollständigt. Wenn wir genug Dreissig- bis Neunundvierzigjährige befragen, nehmen wir keine Interviewpartner aus dieser Gruppe mehr. Es ist ein Prinzip der Meinungsforschung, dass der Zufall der Auswahl möglichst groß sein soll. Die Telefonnummern werden vom Computer nach einer Masterdatei gewählt, die wir selbst erstellen. Wir nehmen das neueste Telefonbuch und wählen von jeder Seite nach dem Prinzip geordneten Zufalls drei oder fünf Nummern aus. Das Ordnungsprinzip kann zum Beispiel sein: immer rechts oben, links unten oder in der Mitte. Dann ordnet ein Zufallsgenerator jeder Telefonnummer zwei neue Entziffern zu. Diese Nummern werden dann systematisch ausgewählt.

Und das geschieht für jedes Projekt neu? Sie speichern nicht: Hier haben wir eine 45-jährige Frau und dort einen Frührentner?

Wir hätten die technischen Möglichkeit, wobei die Frage ist, ob der Aufwand sich lohnen würde. Aber von der Methode her wäre es auf jeden Fall falsch. Bei Interviews an der Haustür kann man das Verfahren nicht perfekt kontrollieren. Da gibt es Interviewer, die sich, wenn sie auf einen Verweigerer stoßen, eine Ersatzperson suchen. Von der Methode her dürfte das nicht sein. Darum schicken wir die Leute, wenn wir Interviews an der Haustür machen lassen, immer wieder in verschiedene Ortschaften. Seit bei den Telefonbefragungen die Maschine die Nummer wählt, können wir ausschließen, dass unter Umgehung des Zufallsprinzips Leute ausgewählt werden. Um die Sauberkeit der Methode noch zu steigern, sind wir dazu übergegangen, die Interviewer nach Stundenlohn zu bezahlen und nicht mehr nach der Anzahl der Interviews. Das verhindert, dass abseits des Repräsentativen im wissenschaftlichen Sinn Interviewpartner akzeptiert werden.